

Sara Holzmann, Thieß Petersen, Daniel Posch, Marcus Wortmann

Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft

Wirtschaftspolitische Ziele und Zielkonflikte
in der ökologischen Transformation



*Sara Holzmann, Thieß Petersen,
Daniel Posch, Marcus Wortmann*

Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft

Wirtschaftspolitische Ziele und
Zielkonflikte in der ökologischen
Transformation

| Verlag BertelsmannStiftung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2022 Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Verantwortlich: Sara Holzmann, Marcus Wortmann

Lektorat: Heike Herrberg

Herstellung: Christiane Raffel

Umschlaggestaltung: Elisabeth Menke

Bildnachweis: Halfpoint - stock.adobe.com (Cover), S. 182 oben, S. 183 oben

Ansichtssache_Britta Schröder; S. 182 unten Steffen Krinke, S. 183 unten Kai

Uwe Oesterhellweg

Satz: Büro für Grafische Gestaltung - Kerstin Schröder, Bielefeld

Druck: Hans Giesemann Druck und Medienhaus GmbH & Co. KG, Bielefeld

ISBN 978-3-86793-961-4 (Print)

ISBN 978-3-86793-962-1 (E-Book PDF)

ISBN 978-3-86793-963-8 (E-Book EPUB)

www.bertelsmann-stiftung.de/verlag

Inhalt

1 Einführung

2 Die Soziale Marktwirtschaft: Das »Magische Viereck« hat ausgedient

3 Die wirtschaftspolitischen Ziele einer Nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft

- 3.1 Ökologische Nachhaltigkeit
- 3.2 Hoher materieller Wohlstand
- 3.3 Hoher Beschäftigungsstand
- 3.4 Stabiles Preisniveau
- 3.5 Außenwirtschaftliches Gleichgewicht
- 3.6 Faire Einkommensverteilung
- 3.7 Tragfähige Staatsfinanzen

4 Ausgewählte Zielkonflikte einer Nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft

- 4.1 Ökologische Nachhaltigkeit und hoher materieller Wohlstand
- 4.2 Ökologische Nachhaltigkeit und hoher Beschäftigungsstand
- 4.3 Ökologische Nachhaltigkeit und stabiles Preisniveau
- 4.4 Ökologische Nachhaltigkeit und Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

- 4.5 Ökologische Nachhaltigkeit und faire Einkommensverteilung
- 4.6 Ökologische Nachhaltigkeit und tragfähige Staatsfinanzen

5 Transformation zur Nachhaltigkeit - eine ganzheitliche Perspektive für die Wirtschaftspolitik

Projektbeschreibung

Autor:innen

Zusammenfassung

Abstract

1 Einführung

»Wohlstand für Alle« ist nicht nur der Titel eines Ende der 1950er-Jahre veröffentlichten Buches, sondern auch das zentrale Versprechen der Wirtschaftsordnung, welche die Bundesrepublik Deutschland seitdem stark geprägt hat. Dieser Lösung entsprechend soll die Soziale Marktwirtschaft wirtschaftliche Dynamik mit sozialem Ausgleich kombinieren. Die konkrete Ausgestaltung dieses normativen Fundaments muss allerdings – so argumentierten bereits jene, die dieses Leitbild entwarfen – ständig an aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen angepasst werden. Denn als lebende Systeme befinden sich Wirtschaft und Gesellschaft in einem stetigen Wandel. Von dieser Anpassungsfähigkeit hängt ab, ob und wie es auch in Zukunft gelingt, Lebensqualität und Teilhabechancen möglichst vieler Menschen sicherzustellen.

Die größte Herausforderung unserer Zeit ist zweifellos die Eindämmung der Klimakrise. Damit steht und fällt nicht nur der Wohlstand heutiger, sondern auch die Lebensgrundlage künftiger Generationen. Die Transformation hin zu einer Wirtschaftsweise innerhalb der planetaren Grenzen ist unausweichlich. Ökologische Nachhaltigkeit ist alternativlos und die Voraussetzung dafür, materiellen Wohlstand dauerhaft generieren und Teilhabe für breite Bevölkerungsschichten in allen Lebensbereichen verwirklichen zu können. Daher braucht

es ein Update der aktuellen Wirtschaftsordnung hin zu einer Nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft.

Das deutsche Bundesklimaschutzgesetz schreibt das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 vor - ein erster Schritt in die richtige Richtung. Doch der Weg in eine Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft ist gekennzeichnet von komplexen makroökonomischen Wirkungszusammenhängen und Zielkonflikten - diese auszutarieren, erfordert eine kluge wirtschaftspolitische Steuerung. Der gesetzliche Orientierungsrahmen zur Bewältigung dieser Herausforderung ist allerdings sehr alt.

»Wohlstand für alle« wird zunehmend schwer einlösbar

Vor mehr als 50 Jahren entstand mit dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (im Folgenden: Stabilitätsgesetz) das Leitbild der deutschen Wirtschaftspolitik, das für die Erfüllung der Ziele der Sozialen Marktwirtschaft jahrzehntelang handlungsleitend sein sollte. Demnach sollten angemessenes und stetiges Wirtschaftswachstum, ein hoher Beschäftigungsstand, ein stabiles Preisniveau und außenwirtschaftliches Gleichgewicht gleichrangig angestrebt werden (Meurers, Weinberg und Herzum 2015).

Im Laufe der Zeit erwies sich dieser Rahmen jedoch als immer weniger angemessen und Zweifel an seiner Praxistauglichkeit wuchsen. Die dynamischen Megatrends der Globalisierung und Digitalisierung sowie des demografischen Wandels stellten und stellen die Soziale Marktwirtschaft vor große Herausforderungen und machen das Versprechen, materiellen Wohlstand und soziale Gerechtigkeit gleichzeitig zu erreichen, zunehmend schwer einlösbar (Petersen 2022).

Angesichts der sich verschärfenden Klimakrise und der Zerstörung planetarer Lebensgrundlagen geraten vor allem die Bedürfnisse künftiger Generationen immer stärker in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen und politischen Debatten. Im März 2021 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass das bis dahin gültige deutsche Klimaschutzgesetz nicht grundgesetzkonform sei, da es die Pflicht zur Emissionsreduktion übermäßig auf den Zeitraum nach 2030 verschiebe, wodurch künftigen Generationen enorme Freiheitseinschränkungen entstehen können (Bundesverfassungsgericht 2021). Die ökologische Transformation der Wirtschaft, ihre Entkopplung vom Einsatz natürlicher Ressourcen und das Ende der Emission von Treibhausgasen werden immer dringlicher. Expert:innen sind sich einig: Das aktuelle Jahrzehnt ist entscheidend für den Erfolg der Klimaschutzanstrengungen (IPCC 2022).

Wohlstand meint auch ökologische und soziale Nachhaltigkeit

Diese Entwicklungen führten und führen immer wieder zu Bestrebungen, das allgemeine Verständnis von Wohlstand und die einseitige Fokussierung auf seine materielle Ausdehnung zu überdenken und schließlich auch das wirtschaftspolitische Zielsystem einer grundlegenden Erneuerung mit Blick auf die Vollständigkeit, Gewichtung und Messung der Parameter zu unterziehen, an denen es sich zu orientieren gilt. Neben verschiedenen parteipolitischen Initiativen in den 1990er-Jahren sind die Ansätze der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft«, der Friedrich-Ebert-Stiftung und zuletzt

des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) zur Erarbeitung einer umfassenderen Wirtschaftsberichterstattung hervorzuheben (ausführlicher in [Kapitel 2](#)).

Gemeinsam ist diesen Ansätzen die Intention, eine gesamtheitliche Wohlstandsmessung etablieren zu wollen, die neben der traditionellen Betrachtung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als zentraler Gradmesser für Wohlstand und Lebensqualität auch die Dimensionen der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit sowie der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen stärker berücksichtigt. Unterschiede zeigen sich bezüglich der Anzahl und Gewichtung von Zieldimensionen sowie der entsprechenden Indikatorik, die zur Messung vorgeschlagen wird. Trotz der weitgehenden Übereinstimmung bezüglich der Notwendigkeit einer zeitgemäßen Novellierung des Stabilitätsgesetzes hat sich bis heute noch kein Ansatz mit Gesetzeskraft durchgesetzt.

Ukraine-Krieg und Corona-Pandemie bedeuten neue außenwirtschaftliche Ziele

Der von Russland geführte Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt in vielfacher Hinsicht eine Zeitenwende dar, die auch die Ziele der deutschen Außen-, Energie- und Wirtschaftspolitik erneut auf den Prüfstand stellt. Insbesondere außenwirtschaftliche Verflechtungen, Abhängigkeiten europäischer Volkswirtschaften sowie die Zukunft des globalen Handelssystems werden kontrovers debattiert. Dabei bekommen Konzepte wie Resilienz und Souveränität einen höheren Stellenwert und erfordern ein neues Verständnis des wirtschaftspolitischen Ziels eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts.

Das Streben nach einer größeren wirtschaftlichen Sicherheit und Unabhängigkeit gegenüber geopolitischen Konflikten, Lieferkettenproblemen und Knappheiten wird dabei wiederum verbunden sein mit vielfältigen Folgewirkungen für unseren materiellen Wohlstand, die ökologische Nachhaltigkeit und weitere wirtschaftspolitische Parameter (Petersen 2022). Für die Beschreibung eines zeitgemäßen wirtschaftspolitischen Zielsystems und die Analyse seiner inhärenten Konflikte gilt es daher, über den erstrebenswerten Grad der außenwirtschaftlichen Verflechtung Deutschlands neu nachzudenken. Dieser sollte nicht nur ermöglichen, die ökologischen Ziele einzuhalten, sondern auch die langfristige Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten, die Risiken aus kritischen Abhängigkeiten zu minimieren und die Verlagerung von CO₂-Emissionen ins Ausland zu verhindern.

Postfossiles Zeitalter erfordert ein Update des wirtschaftspolitischen Zielsystems

Wenn »Wohlstand für alle« zu einem leeren Versprechen wird, kann dies die Stabilität des politischen Systems gefährden. Die Folgen des Klimawandels sowie andere globale Konflikte und Krisen sind in der Lage, dieses Problem zu verschärfen, da sie ökonomische Disparitäten tendenziell vergrößern. Materieller Wohlstand und sozialer Ausgleich sind untrennbar mit der erfolgreichen Eindämmung der Klimakrise verbunden (Chancel 2020). Doch auch die politisch forcierte Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaftsweise bringt Risiken mit sich, die sowohl den Wohlstand als auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden können.

Für eine klug austarierte Steuerung dieser ökologischen Transformation bedarf es daher nicht nur eines Updates des wirtschaftspolitischen Leitbildes. Notwendig ist auch die Fähigkeit, die inhärenten Spannungsfelder und Zielkonflikte zu entschärfen und ihnen vorzubeugen. Nur so kann es gelingen, zu einer Wirtschaftsweise zu kommen, die das erneuerte Versprechen einer Nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft – »Wohlstand für alle innerhalb der planetaren Grenzen« – auch zukünftig einlösen kann.

Vor diesem Hintergrund widmet sich das vorliegende Buch nicht nur einer zeitgemäßen und praxistauglichen Neugestaltung des wirtschaftspolitischen Zielsystems, sondern nimmt explizit die makroökonomischen Wirkungszusammenhänge zwischen den verschiedenen Zielparametern einer Nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft in den Blick. Der Fokus liegt auf theoretischen Wirkungskanälen und aktuellen empirischen Erkenntnissen zu den Wechselwirkungen zwischen der ökologischen Nachhaltigkeit und den anderen Zieldimensionen eines solchen Wirtschaftsmodells. Die Analyse dieser Interdependenzen, die sich in Form von Zielkonflikten und Synergien manifestieren können, ist die notwendige Voraussetzung für eine intelligente wirtschaftspolitische Steuerung der Transformation zu einer klimaneutralen und umweltschonenden Ökonomie. Darüber hinaus werden mögliche wirtschafts- und klimapolitische Stellhebel besprochen, die sich zur Vorbeugung oder Auflösung von Zielkonflikten sowie zur Nutzung von Synergiepotenzialen anbieten.

Im Folgenden widmet sich [Kapitel 2](#) der Entstehung und Geschichte der wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der Sozialen Marktwirtschaft sowie den verschiedenen Ansätzen, diese um Dimensionen der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit sowie um ein breiteres Wohlstandsverständnis zu ergänzen. In [Kapitel 3](#) werden zunächst eigene Überlegungen zur Neugestaltung des

wirtschaftspolitischen Leitbildes dargelegt und die sieben Zieldimensionen einer Nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft definiert. [Kapitel 4](#) analysiert die ökonomischen Wirkungszusammenhänge und Spannungsfelder zwischen dem Ziel der ökologischen Nachhaltigkeit und den anderen sechs Zieldimensionen. Abschließend gibt [Kapitel 5](#) einen Überblick über politische Handlungsoptionen, die »Wohlstand für alle innerhalb der planetaren Grenzen« ermöglichen können, und ermuntert zu einer ganzheitlichen wirtschaftspolitischen Sichtweise auf die ökologische Transformation.

Literatur

- Bundesverfassungsgericht (2021). »Verfassungsbeschwerde gegen das Klimaschutzgesetz teilweise erfolgreich«. Pressemitteilung Nr. 31/2021 vom 29. April 2021. www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html.
- Chancel, Lucas (2020). *Unsustainable Inequalities. Social Justice and the Environment*. Cambridge.
- IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change (2022). »Climate Change 2022. Mitigation of Climate Change«. *Working Group III contribution to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. www.ipcc.ch/report/sixth-assessment-report-working-group-3/.
- Meurers, Martin, Dagmar Weinberg und Nadine Herzum (2015). »Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz Eine Würdigung im Lichte der aktuellen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Diskussion ganzheitlicher Wohlfahrtsziele«. Monatsbericht 12-2015. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Berlin.
- Petersen, Thieß (2022). *Megatrend-Report #4: Die Rückkehr der Knappheit. Wie globale Demografie, Deglobalisierung und Dekarbonisierung Verteilungskonflikte verschärfen*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/megatrend-report-4-die-rueckkehr-der-knappheit.

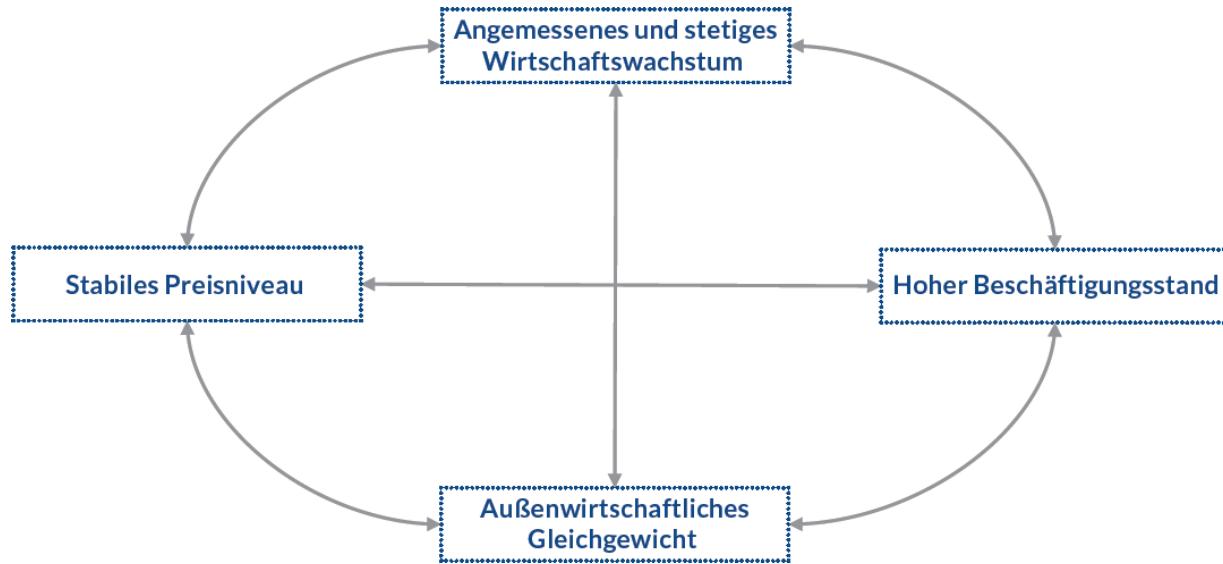
2 Die Soziale Marktwirtschaft: Das »Magische Viereck« hat ausgedient

Die Soziale Marktwirtschaft bildet seit Jahrzehnten das konzeptionelle Leitbild für wirtschaftspolitisches Handeln in der Bundesrepublik Deutschland. Im Kern der Sozialen Marktwirtschaft steht, die marktwirtschaftlichen Prozesse so frei wie möglich wirken zu lassen, während gleichzeitig durch einen geeigneten Ordnungsrahmen eine möglichst breite gesellschaftliche Teilhabe am wirtschaftlichen Wohlstand sicherzustellen ist. Ziel ist ein stetiges und angemessenes Wachstum, das Wohlstand, soziale Absicherung und Aufstiegschancen miteinander vereint.

Das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft wurde 1967 in Form des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes in Deutschland festgeschrieben. In diesem Zuge wurden vier gleichberechtigte Ziele für ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht definiert. Die Zieldimensionen »stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum«, »stabiles Preisniveau«, »hoher Beschäftigungsstand« und »außenwirtschaftliches Gleichgewicht« bilden gemeinsam mit den im Gesetz vorgeschlagenen politischen Instrumenten für die Zielerreichung nun seit mehr als 50 Jahren den Orientierungsrahmen für das

wirtschaftspolitische Handeln hierzulande (BMWK 2022; siehe [Abbildung 1](#)).

Abbildung 1: Das »Magische Viereck« der Wirtschaftspolitik



Quelle: Eigene Darstellung

Die Beziehungen dieser vier gesamtwirtschaftlichen Ziele sind geprägt von wechselseitigen Abhängigkeiten und Zielkonflikten zwischen einzelnen Idealzuständen. Da die Ziele trotz möglicher Unvereinbarkeiten untereinander gleichrangig sein sollen, wird in der Volkswirtschaftslehre vom »Magischen Viereck« gesprochen. Beispielsweise wurde in den 1950er-Jahren empirisch ein negativer Zusammenhang zwischen Inflationsrate und Arbeitslosenquote identifiziert, der als modifizierte Phillipskurve in die ökonomische Theorie einging. Die Phillipskurve besagt, dass höhere Inflation mit geringerer Arbeitslosigkeit einhergeht und umgekehrt. Damit suggeriert sie, dass es nicht möglich ist, gleichzeitig einen hohen Beschäftigungsstand und ein stabiles Preisniveau zu erreichen, sondern stattdessen positive Entwicklungen des einen durch negative Veränderungen des anderen Parameters erkauft werden müssen (Snowdon und Vane 2005).

Initiativen zur Weiterentwicklung des wirtschaftspolitischen Zielsystems gewinnen an Bedeutung

Aus heutiger Perspektive ist das Stabilitätsgesetz als wirtschaftspolitischer Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft in vielerlei Hinsicht nicht mehr zeitgemäß. Die wirtschaftspolitischen sowie gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft unterscheiden sich stark von denen der 1960er-Jahre. Gleichzeitig hat sich auch das Verständnis von Wohlstand gewandelt und die soziale sowie ökologische Nachhaltigkeit haben sich als gesellschaftliche Leitgedanken etabliert. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Debatte um die Erneuerung des Stabilitätsgesetzes und die Reform des wirtschaftspolitischen Zielsystems der Bundesrepublik Deutschland seit Jahren zunehmend an Bedeutung.

Ein erster öffentlich geführter und grundlegender Diskurs zur Gestaltung eines nachhaltigen Wirtschaftssystems mündete 2010 in der Einsetzung der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« durch den Deutschen Bundestag. Ziel war, die Diskussion rund um ein ganzheitliches Wohlstandsverständnis und die alternative Messung von gesellschaftlichem Wohlstand aufzubereiten und voranzubringen. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, dass das Bruttoinlandsprodukt als alleiniger Indikator für Wohlstand, Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt unzureichend ist, da vor allem die Dimensionen »soziale Gerechtigkeit« und »Ökologie« keine Berücksichtigung finden. Als neues Wohlstandsmaß wurden die W3-Indikatoren entwickelt, eine Zusammensetzung von zehn Leitindikatoren aus den drei Wohlstandsdimensionen

»materieller Wohlstand«, »Soziales/Teilhabe« und »Ökologie« (Enquete-Kommission 2013).

Zeitgleich veröffentlichte die Friedrich-Ebert-Stiftung einen Vorschlag zur Reform des Stabilitätsgesetzes und den damit verbundenen wirtschaftspolitischen Zielen (Dullien und van Treeck 2012). In den Folgejahren wurde das Konzept des »neuen Magischen Vierecks« weiter konkretisiert und der Indikatorensatz entsprechend angepasst (Dullien 2017). Gemäß dem »neuen Magischen Viereck« soll das wirtschaftspolitische Handeln an den vier Zieldimensionen »materieller Wohlstand und ökonomische Nachhaltigkeit«, »Nachhaltigkeit der Staatstätigkeit und der Staatsfinanzen«, »soziale Nachhaltigkeit« und »ökologische Nachhaltigkeit« ausgerichtet werden. Neben der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Stabilität erfassen die gewählten Indikatoren auch die Verschuldungs- und Investitionsentscheidungen des Staates, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Umgang mit Ressourcen und Energie.

Europäische Integration ergänzt nationale Ziele des Stabilitätsgesetzes

Derweil hat das Stabilitätsgesetz im Zuge der europäischen Integration – gerade im Hinblick auf öffentliche Finanzen, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und Preisniveaustabilität – an Bedeutung verloren. Mit der Einführung des Euro als gesetzliches Zahlungsmittel in vielen europäischen Ländern seit 1999 wurde die geldpolitische Verantwortung auf die supranationale Ebene übertragen. In den Mitgliedstaaten der Währungsunion bestimmt die Europäische Zentralbank (EZB) anstelle der nationalen Zentralbanken über die gemeinsame Geldpolitik

und ist dafür verantwortlich, ein stabiles Preisniveau sicherzustellen.

Durch die Eurokrise ab 2010 gerieten die im Vertrag von Maastricht verankerten Staatsschuldengrenzen in den Fokus der Wirtschafts- und Geldpolitik. Das Ziel, die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen dauerhaft zu sichern, wurde schließlich im Fiskalpakt der Europäischen Union (EU) von 2012 festgehalten. Bereits 2009 hatte Deutschland eine Schuldenbremse im Grundgesetz verankert, deren Angemessenheit und Ausgestaltung gerade im Hinblick auf die Erfordernisse der ökologischen Transformation bis heute auch unter Ökonomen und Ökonominnen kontrovers diskutiert werden (vgl. u. a. Gründler, Potrafke und Ruthardt 2022).

Darüber hinaus werden seit 2011 auch makroökonomische Ungleichgewichte zwischen den EU-Mitgliedstaaten überwacht, um zu ermitteln, ob diese die länderspezifischen und gemeinschaftlichen wirtschaftspolitischen Ziele gefährden könnten. Im Makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahren werden anhand eines Scoreboards vierzehn Indikatoren, wie öffentliche Verschuldung, Leistungsbilanzsaldo oder Arbeitslosenzahlen, zur frühzeitigen Erkennung von Risiken ausgewertet. Überschreitet ein Land die Schwellenwerte, kann es zu Gegenmaßnahmen verpflichtet werden, um potenziell schädliche Ungleichgewichte zu beheben und die makroökonomische Stabilität des europäischen Wirtschaftsraums zu gewährleisten (Europäische Kommission 2016).

Internationale Zielvereinbarungen beim Klimaschutz werden immer wichtiger

Deutschlands Bekenntnis zum 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens unterstrich 2015 schließlich die herausgehobene Bedeutung der ökologischen Nachhaltigkeit im wirtschaftspolitischen Zielsystem. Mit dem Übereinkommen von Paris verpflichten sich aktuell 195 Staaten dazu, den menschengemachten Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 °C - möglichst auf 1,5 °C - gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Der Vertrag bildet zudem die Grundlage für die europäischen und nationalen Klimaschutzziele. Die EU strebt bis 2030 eine Emissionsreduktion von 55 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 an und will die Klimaneutralität bis 2050 erreichen (Europäische Kommission 2021). Das deutsche Bundesklimaschutzgesetz von 2021 schreibt bis 2030 eine Treibhausgasreduktion von 65 Prozent im Vergleich zum Niveau von 1990 vor sowie die Klimaneutralität bis 2045 (BMU 2021). Neben dem Erreichen rein makroökonomischer und wirtschaftspolitischer Ziele muss ein neues wirtschaftpolitisches Leitbild demnach auch sicherstellen, dass globale und nationale Klimaschutzziele sowie andere ökologische Zielsetzungen eingehalten werden.

In der jüngsten Vergangenheit hat sich die Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht 2022 der Transformation des wirtschaftspolitischen Zielsystems hin zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft gewidmet. Erstmals bekennt eine Bundesregierung explizit, dass langfristige Fehlentwicklungen des Wirtschaftssystems nicht länger nur punktuell behoben werden können, sondern dass stattdessen die grundlegende Weiterentwicklung des wirtschaftspolitischen Leitbildes notwendig ist. Zentral sind laut Bundesregierung erstens ein verbindlicher ökologischer Ordnungsrahmen - orientiert an den internationalen Klima- und Biodiversitätszielen -, zweitens die Erweiterung der

Wohlstandsmessung um Indikatoren der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit und drittens die Anpassung des finanz- und wirtschaftspolitischen Instrumentariums in Einklang mit den ökologischen Zielen (BMWK 2022).

Um den Erhalt der planetaren Lebensgrundlagen und damit auch den gesellschaftlichen Wohlstand sowie die Lebensqualität sicherzustellen, ist der ökologischen Nachhaltigkeit eine herausragende Bedeutung im wirtschaftspolitischen Zielsystem zuzuordnen. Die Transformation hin zu einer nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft erfordert zusätzlich, die potenziellen Zielkonflikte zwischen ökologischer Nachhaltigkeit und den anderen Zielparametern zu lösen oder ihnen vorzubeugen sowie die verschiedenen wirtschaftspolitischen Dimensionen in einem ganzheitlichen System zu vereinen.

Im Folgenden stellen wir zunächst einige grundsätzliche Überlegungen zu den An- und Widersprüchen eines zeitgemäßen wirtschaftspolitischen Leitbildes an. Dann definieren wir die wirtschaftspolitischen Ziele einer nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft im Einzelnen und schließlich nehmen wir mögliche Spannungsfelder mit dem Ziel der ökologischen Nachhaltigkeit in den Blick.

Literatur

- BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2021). *Lesefassung des Bundes-Klimaschutzgesetztes 2021 mit markierten Änderungen zur Fassung von 2019*. Stand 7.7.2021. Berlin.
- BMWK - Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2022). *Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 2022. Für eine Sozial-ökologische Marktwirtschaft - Transformation innovativ gestalten*. Berlin.
- Dullien, Sebastian (2017). *Das neue »Magische Viereck«. Zur Neu-Vermessung des Wohlstands in Deutschland (2009–2015)*. Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Dullien, Sebastian, und Till van Treeck (2012). »Ein neues ›Magisches Viereck‹. Ziele einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik und Überlegungen für ein neues

- ›Stabilitäts und Wohlstandsgesetz«. *Werkbericht* Nr. 2. Hrsg. Denkwerk Demokratie. Berlin.
- Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft« (2013). *Schlussbericht*. Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode. Drucksache 17/13300. Berlin.
- Europäische Kommission (2016). »The Macroeconomic Imbalance Procedure. Rationale, Process, Application: A Compendium«. *Institutional Paper* 039. European Commission, Directorate-General for Economic and Financial Affairs. Publications Office of the European Union. Luxemburg.
- Europäische Kommission (2021). *European Green Deal - Delivering on our targets*. Luxemburg.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/fs_21_3688.
- Gründler, Klaus, Niklas Potrafke und Fabian Ruthardt (2022). »Der Ampel-Koalitionsvertrag im Ökonomentest«. *Ifo Schnelldienst* (75) 1. 52–56.
- Snowdon, Brian, und Howard V. Vane (2005): *Modern Macroeconomics. Its origins, development and current state*. Cheltenham.

3 Die wirtschaftspolitischen Ziele einer Nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft

Bevor hier näher beschrieben wird, wie ein zeitgemäßes wirtschaftspolitisches Zielsystem aussehen könnte und welche Ziele darin konkret verfolgt werden sollten, erscheinen einige grundsätzliche Vorbemerkungen angebracht. Denn jede normative Herleitung eines solchen idealtypischen Leitbildes ist das Resultat verschiedener Wertvorstellungen und gesellschaftlicher Abwägungen, die im Detail natürlich weder bekannt noch statisch sind. Dies gilt umso mehr in Zeiten, die von dynamischen globalen Entwicklungen wie dem Klimawandel, Pandemien oder kriegerischen Konflikten geprägt sind. So ist etwa das Ziel der Preisniveaustabilität binnen kurzer Zeit wieder enorm wichtig geworden, als im Zuge der Corona-Pandemie und des Krieges gegen die Ukraine globale Lieferengpässe entstanden und fossile Energieträger sowie Nahrungsmittel sich rapide verteuerten.

Angesichts des nach wie vor hohen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellenwerts der vier Ziele des Stabilitätsgesetzes – und mit dem Anspruch, eine möglichst anknüpfungsfähige Weiterentwicklung des bestehenden Leitbildes vorzulegen – fußt der folgende Ansatz auf einer gewissenhaften Zusammenschau und Synthese

bestehender Arbeiten, Diskussionen und der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur. Er umfasst sieben wirtschaftspolitische Ziele, die in einer Nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft verfolgt werden sollten: das Ziel der ökologischen Nachhaltigkeit als rahmengebendes Element mit herausragender Bedeutung sowie die sechs Zieldimensionen »hoher materieller Wohlstand«, »hoher Beschäftigungsstand«, »stabiles Preisniveau«, »außenwirtschaftliches Gleichgewicht«, »faire Einkommensverteilung« und »tragfähige Staatsfinanzen« ([Abbildung 2](#)).